Signatur:	2025.SR.0177
Geschäftstyp:	Kleine Anfrage
Erstunterzeichnende:	Esther Meier (GB), Lea Bill (GB)
Mitunterzeichnende:	Anna Leissing, Mirjam Arn, Mirjam Läderach, Franziska Geiser, Katharina Gallizzi, Sarah Rubin, Ronja Rennenkampff, Anna Jegher, Nora Joos, Jelena Filipovic
Einreichedatum:	12. Juni 2025

Kleine Anfrage: Fraktion GB/JA!: Warum ist der Polizeieinsatz gegen die Palästina-Demo eskaliert? Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat daraus?

Fragen:

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Gab es strategische Vorgaben von Seiten des Gemeinderats für die Palästina-Kundgebung am 24. Mai 2025?
2. Fand oder findet im Gesamtgemeinderat ein Debriefing zum Polizeieinsatz gegen die Palästina-Kundgebung statt?
3. Hat der Gemeinderat im Anschluss ein Gespräch mit der Kantonspolizei geführt und klargestellt, dass solche unverhältnismässigen Polizeieinsätze nicht dem Willen des Gemeinderates entsprechen?
4. Hat der Gemeinderat im Anschluss des Polizeieinsatzes neue strategische Vorgaben für zukünftige Polizeieinsätze beschlossen oder alten strategischen Vorgaben nochmals Nachdruck verliehen?

Begründung:

Am Samstag, 24. Mai 2025 haben in der Stadt Bern rund 2'000 Personen an einer Kundgebung für Palästina teilgenommen. Entgegen der in der Stadt Bern gängigen Praxis, auch unbewilligte Kundgebungen laufen zu lassen, hat die Polizei völlig unverhältnismässig reagiert und ist mit einem massiven Aufgebot an Gummischrot, Tränengas und Wasserwerfern gegen die Demonstrierenden vorgegangen und hat dadurch die totale Eskalation der Kundgebung provoziert. Videoaufnahmen und Augenzeugenberichte belegen zudem, dass die Polizei Gummischrot auf Kopfhöhe der Demonstrierenden abschoss und ihnen mit Schlagstöcken Hiebe auf Brust- und Kopfhöhe versetzte. Durch den unverhältnismässigen Einsatz von Gewalt wurden zudem auch unbeteiligte Passant*innen, beispielsweise auf dem Casinoplatz, in Mitleidenschaft gezogen. Dem Gemeinderat obliegt die strategische Verantwortung für Kundgebungen auf städtischem Gebiet. Er soll deshalb darlegen, wie er zum Polizeieinsatz vom 24. Mai 2025 steht.